



Der Minister

Ministerium für Inneres und Kommunales NRW, 40190 Düsseldorf

An die
Präsidentin des
Landtags Nordrhein-Westfalen
Frau Carina Gödecke MdL
Platz des Landtags 1

40221 Düsseldorf

Für den Innenausschuss - 120fach

4 . Oktober 2012

Seite 1 von 1

Telefon 0211 871-2017

Telefax 0211 871-162017



Sitzung des Innenausschusses am 27. September 2012

TOP 2, Entwurf des Haushaltsgesetzes 2012

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

in der Sitzung am 27. September hatte ich den Mitgliedern des Innenausschusses angeboten, die Eckpunkte des Haushaltsentwurfs für den Einzelplan 03 ergänzend in schriftlicher Form zur Verfügung zu stellen.

Dem komme ich hiermit nach.

Mit freundlichen Grüßen

Ralf Jäger MdL

Haroldstr. 5, 40213 Düsseldorf

Telefon 0211 871-01

Telefax 0211 871-3355

poststelle@mik.nrw.de

www.mik.nrw.de

Vorbemerkung

Der Erläuterungsband liegt dem Landtag als Vorlage 16/150 vor.

Gegenüber dem Entwurf des Haushaltsplans 2012 aus der 15. Wahlperiode, der in der Sitzung am 12. Januar vorgestellt worden und zu dessen Kernpunkten eine Vorlage (15/1158) erfolgt war, sind folgende Änderungen zu verzeichnen:

- Höhere Einnahmen aus dem Wasserentnahmeentgelt von 9 Mio. EUR
- Aushilfsmittel für die Bezirksregierungen für Personalkapazitäten für den Stärkungspakt Stadtfinanzen (0,8 Mio. EUR, denen gleichhohe Einnahmen aus dem Stärkungsfonds gegenüber stehen)
- Die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen, um zu Lasten des Polizeikapitels und der Feuerschutzsteuer die kommunalen Leitstellen an den Digitalfunk anzubinden
- Die Kosten für die vorgezogene Landtagswahl (15,5 Mio. EUR)
- Reduzierung der Ansätze für Versorgung und Beihilfen aufgrund aktueller Daten um 27,7 Mio. EUR

In den nachstehenden Ausführungen sind die Daten gegenüber der Vorlage 15/1158 aktualisiert. Das gilt ebenso für Aussagen in der Sache, soweit sich seither ein neuer Sachstand ergeben hat.

Kerndaten

Das Haushaltsvolumen steigt um 224,19 Mio. EUR auf 4.861,51 Mio. EUR. Die Personalausgaben erhöhen sich um rund 113 Mio. EUR. Im Sachhaushalt sind rund 110 Mio. EUR mehr veranschlagt.

Personalausgaben

Den höheren Personalausgaben liegen folgende Faktoren zugrunde:

- *Besoldungs- und Tariferhöhungen*, welche alleine rund 3,4 Prozentpunkte der Steigerung ausmachen
- *Strukturelle Verbesserungen*: Die Zweigeteilte Laufbahn der Polizei wird mit dem Ziel einer vollständigen Umsetzung ab 2014 fortgeführt und die 2009 beschlossene jährliche Erhöhung der Zahl der Spitzenämter A 12 (um 50) und A 13 g.D. (um 25) bei der Polizei beibehalten
- *Vermehrte Ausgaben für Freie Heilfürsorge* für Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte (die Ansätze werden nach Vorgabe des Finanzministeriums landesweit einheitlich berechnet)
- *Finanzierung neuer Planstellen und Stellen*

Stellenbestand

Gegenüber 2011 (55.150) stehen per Saldo 155 Planstellen und Stellen mehr im Entwurf (55.305), 382 Planstellen und Stellen sind neu ausgebracht. 227 Planstellen und Stellen entfallen. Der Stellenbestand reduziert sich, weil

- der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit nach dem Gesetz über dessen Unabhängigkeit mit 52 Planstellen und Stellen im Einzelplan des Landtags etatisiert ist und
- Stellen ab- oder umgesetzt sind, um kw-Vermerke (175) zu realisieren.

Neue Planstellen und Stellen

Seit 2007 sind bei den Bezirksregierungen Aufgabenzuwächse in erheblichem Umfang zu verzeichnen. Der Stellenabbau der vergangenen Jahre hat massive Probleme in der Aufgabenwahrnehmung hervorgerufen. Bereits mit dem Haushalt 2011 ist das Budget erhöht worden, um eine deutlich höhere Stellenplanauslastung finanzieren zu können: Diese soll von ca. 89% in 2010 auf rd. 97% gebracht werden (derzeit rund 93%). Zudem sind 2011 187 kw-Vermerke gestrichen und 47 kw-Vermerke prolongiert worden. Mit 55 neuen Planstellen und Stellen sollen die Bezirksregierungen hinsichtlich ihrer Stellensituation entlastet werden:

- 17, weil die Zuständigkeiten für das Auslands-BAföG bundesweit neu verteilt sind und die Fallzahlen wegen des Wegfalls des Grundwehrdienstes sowie der doppelten Abiturjahrgänge steigen
- 29 für die Scanstelle Detmold zur Ausweitung der Tätigkeiten
- Sieben, weil die Abwicklung des Infrastrukturprogramms Regionale Wirtschaftsförderung (RWP) von der NRW.BANK rückverlagert worden ist
- Zwei für das Präventivprogramm Bergschäden

Bei der Polizei sind 280 neue Planstellen etatisiert, um Kommissaranwärterinnen und -anwärter übernehmen zu können, wenn diese die Laufbahnprüfung bestanden haben.

16 Stellen sind eingerichtet, um schwerbehinderte Menschen mit der Qualifizierung zu Verwaltungsfachangestellten einzustellen, die Stellen werden später im Vollzug zu den Einsatzressorts umgesetzt.

Der Landesbetrieb IT.NRW hat gemäß § 6 Absatz 3 Haushaltsgesetz 2010 zur Übernahme von Verfahren (IT-Neustrukturierung) und für neue Verfahren 14 entgeltfinanzierte Stellen eingerichtet.

13 Planstellen und Stellen sollen bei der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung dazu dienen, den Mehraufwand durch die Erhöhung der Einstellungsermächtigungen bei der Polizei zu kompensieren.

Vier Planstellen und Stellen sind beim Institut der Feuerwehr eingerichtet, um die Logistikbereiche zu stärken.

Kw-Vermerke

171 kw-Vermerke aus der 1,5%igen Stellenreduzierung mit Fälligkeit 2012 sind gestrichen, anstelle der kw-Vermerke ist eine Minderausgabe ausgebracht. Die Bezirksregierungen müssen ursprünglich vorgesehene 93 kw-Vermerke nicht erbringen.

Einstellungsermächtigungen und Ausbildung

Die 2009 wieder aufgenommene Ausbildung für den gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst wird bedarfsdeckend fortgesetzt: Gegenüber 2011 sind die Einstellungsermächtigungen nochmals, und zwar von 40 auf 117 erhöht. Für den mittleren allgemeinen Verwaltungsdienst sind 49 Einstellungsermächtigungen vorgesehen.

Für die Polizei sind zur nachhaltigen Verbesserung der Altersstruktur wie 2011 1.400 Einstellungsermächtigungen vorgesehen.

Insgesamt sind 1.715 Einstellungsermächtigungen und über 300 Stellen für Auszubildende veranschlagt.

Sachhaushalt Polizei

Die Sachausgaben sind um fast 22% oder 114 Mio. EUR höher veranschlagt. Die technische Ausstattung wird bedarfsgerecht und auf hohem Niveau sichergestellt. Hierfür steigt das Investitionsvolumen (ohne Digitalfunk) um 57,6 Mio. EUR auf knapp 140 Mio. EUR.

Herausragende Ausstattungsmaßnahme für die kommenden zwei Jahre ist der Austausch des Fuhrparks an colorierten Funkstreifenwagen (Ausgaben von insgesamt rund 67, für 2012 rund 42 Mio. EUR). Der VW-Passat war Gewinner der Ausschreibung, aus wirtschaftlichen Gründen werden die Fahrzeuge gekauft und nicht mehr geleast (vgl. auch Vorlage 15/1157).

Die DNA-Analyse ist ein unverzichtbares Instrument für Justiz und Polizei zur Beweisführung und Aufklärung von Straftaten. Durch den auf 8,2 Mio. EUR erhöhten Ansatz für die vermehrte Bearbeitung von DNA-Analysen können in diesem Jahr prognostisch etwa 20.400 geeignete Spurenfälle durch externe Anbieter untersucht werden. Hierdurch kann in diesem Jahr trotz einer stetig steigenden Anzahl eingehender DNA-Untersuchungsaufträge ein Abbau von annähernd 10.000 unbearbeiteten DNA-Spurenfällen auf etwa 2.300 gewährleistet werden.

95,4 Mio. EUR stehen für den weiteren Aufbau und den Betrieb des Digitalfunks, die Endgeräte und die Beteiligung an den Kosten für die Bundesanstalt für den Digitalfunk (BDBOS) bereit.

Projekt „Prävention Jugendkriminalität“

Mit dem Projekt werden die Handlungsempfehlungen der Enquetekommission III umgesetzt. Im Entwurf des Einzelplans sind insgesamt neun Mio. EUR etatisiert.

Feuerschutz und Hilfeleistung

Die Kommunen erhalten Landeszuschüsse auf dem hohen Niveau der Vorjahre.

Allein im anstehenden Haushaltsjahr sind 17,2 Mio. EUR vorgesehen, um das Sicherheitsniveau im Katastrophenschutz zu halten und insbesondere im ABC-Bereich zu verbessern.

Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge

Aufgrund der weiterhin steigenden Zahl der Asylbewerberinnen und Asylbewerber sind die Landeszuweisungen an die Kommunen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz um rund 16,7 auf 54,03 Mio. EUR erhöht. Im Übrigen sind die Ansätze auf dem Vorjahresstand überrollt. Damit sind die 2011 vorgenommenen Haushaltsverbesserungen vollinhaltlich fortgeschrieben:

- Mehr Unterbringungsplätze - die bis dato einzige Erstaufnahmeeinrichtung des Landes in Dortmund zog im Laufe des Jahres 2011 in eine neue Liegenschaft mit deutlich erweitertem Raumangebot. Seit dem 1.2.2011 ist eine zweite Erstaufnahmeeinrichtung in Bielefeld in Betrieb.
- Höhere Zuwendungen an die Beratungsstellen - für das „Landesprogramm zur Förderung der sozialen Beratung“ mit Personalkostenzuschüssen an die Beratungsstellen der Freien Wohlfahrtspflege für die vier Säulen Asylverfahrensberatung, Regionale Beratung, Psychosoziale Zentren und Rückkehrberatung stehen mit 2,2 Mio. EUR wie 2011 400.000 EUR mehr zur Verfügung.
- Für Maßnahmen zur sozialen Betreuung von Ausländern, die in der Abschiebungshafteinrichtung in Büren untergebracht sind, stehen 240.000 EUR bereit. Da die weiblichen Abschiebungshäftlinge im letzten Jahr in die Hafteinrichtung in Büren verlegt wurden, wird für diesen Personenkreis wieder eine Betreuungsstruktur geschaffen. Im hochsensiblen Bereich der Abschiebungshaft werden weiterhin alle Möglichkeiten genutzt, frühzeitig Konfliktsituationen zu erkennen und in geeigneter Weise aufzulösen oder zu vermeiden.
- Für den Flüchtlingsrat sind wie im Vorjahr 180.000 EUR veranschlagt.

Um dem Grundsatz Rechnung zu tragen, dass eine freiwillige Rückkehr stets Vorrang vor einer zwangsweisen Rückführung haben soll, werden freiwilligen Rückkehrern u.a. Reisebeihilfen und Starthilfen im Heimatland gewährt. Ein Baustein ist dabei das Kosovo-Rückkehrprojekt URA 2, das ausnahmsweise auch rückgeführten Personen offensteht.